



WZB

Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte
und gesellschaftliche Integration (AKI)

Bildungsbenachteiligung: Welche Statistik brauchen wir?

Dass mehr getan werden muss, um die eklatante Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund abzubauen, ist heute ein weithin geteilter Konsens. Gleichzeitig aber wächst die Unzufriedenheit mit den Daten, die amtliche Statistiken in Deutschland zur Verfügung stellen, um Benachteiligungen analysieren und Fördermaßnahmen gezielt ansetzen zu können. Die Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI) veranstaltete am 17./18. Juni ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziertes Expertenforum „Bildungsdaten und Migrationshintergrund“, um Wege zur Abhilfe zu diskutieren. Ausgangspunkt der Veranstaltung war die Unzufriedenheit mit einer amtlichen Statistik, die vor allem nach Staatsangehörigkeit differenziert.

Besondere Informationen über den Bildungserfolg etwa von Aussiedlerkindern und Eingebürgerten liegen nicht vor, da diese in der Gruppe der Deutschen enthalten sind. Durch das seit 2000 gültige Staatsangehörigkeitsgesetz werden zudem jedes Jahr Zehntausende der in Deutschland geborenen Kinder von Ausländern bei Geburt Deutsche; ihr Migrationshintergrund ist damit statistisch nicht mehr erkennbar. Ab 2006 wird es beispielsweise in Berlin nur noch etwa halb so viele ausländische Erstklässler wie bisher geben, auch wenn sich am familiären Migrationshintergrund der Schülerschaft nichts substantiell geändert haben wird. Insgesamt kommt es zu einer „verzerrten“ Integrationsbilanz und Beschreibung der Bildungslage, da die Erfolge, Misserfolge und Schwierigkeiten von Schülern mit Migrationshintergrund (sowohl deutscher als auch nicht-deutscher Staatsangehörigkeit) nicht korrekt erfasst und dargestellt werden können.

Bildungsbenachteiligungen, dies unterstrich Leonie Herwartz-Emden (Universität Augsburg) in ihrem einleitenden Vortrag, sind durch ein komplexes Faktorenbündel bedingt, das noch genauer erforscht werden muss. Wie dies geschehen könnte, skizzierte sie am Beispiel eigener Projekte. Ergebnisse aktueller Forschungsarbeiten stellten Petra Stanat vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin und Cornelia Kristen vom Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung vor. Auf Basis noch nicht veröffentlichter Ergebnisse von PISA 2003 erläuterte Stanat den entscheidenden Einfluss von Familiensprache und Bildung der Eltern auf die Schulleistungen der Jugendlichen. ▶ ▶ ▶ S. 2

Impressum

AKI-Newsletter
ISSN 1612-9849

Herausgeber: PD Dr. Karen Schönwälder,
Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte
und gesellschaftliche Integration (AKI)

Redaktion: Janina Söhn, Karen Schönwälder
(verantwortl.), Clémence Naaimi

AKI
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
Telefon 030- 254 91-352
Telefax 030- 254 91-308
E-Mail: aki@wz-berlin.de
Internet: www.aki.wz-berlin.de/

Der AKI-Newsletter erscheint viermal im Jahr. Bestellungen bitte an die oben angegebene Adresse. Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck. Um Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Gestaltung:ognito Berlin

Getrennte Lebensräume oder vielfältige soziale Bezüge von MigrantInnen?

In der öffentlichen Debatte werden immer wieder Sorgen im Hinblick auf die Integration von Zuwanderern bzw. ethnischen Minderheiten in die deutsche Gesellschaft geäußert. Sind solche Sorgen oder gar die Angst vor einer Entwicklung von „Parallelgesellschaften“ begründet? Drei neuere Studien beleuchten unterschiedliche Aspekte dieser Problematik.

Ergebnisse eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts an der Universität Bielefeld über „Bedingungen und Folgen ethnischer Kolonienbildung“ sprechen eher dagegen. Untersucht wurde hier das Verhältnis von Bindungen zur „Mehrheitsgesellschaft“ einerseits und zu einer „Migrantengesellschaft“ andererseits, wie sie sich in Vereinsmitgliedschaften, Medienkonsum oder Freundschaften ausdrücken. Postalisch befragt wurden gut 3000 Personen, die selbst oder deren Eltern in der Türkei, Italien, Vietnam und Sri Lanka geboren wurden. Einbezogen wurden also nicht nur ausländische Staatsangehörige. Wichtigstes Ergebnis ist, dass Bezüge zur ethnischen Gruppe bzw. der Mehrheitsgesellschaft nicht miteinander konkurrieren. Nur für eine Minderheit gilt, dass sich ihre sozialen Kontakte auf die eigene ethnische Gruppe beschränken. Typischer ist: Wer viele vietnamesische Freunde hat, hat auch viele deutsche Freunde, wer Angebote „deutscher“ Sportvereine wahrnimmt, nimmt auch Angebote „türkischer“ Sportvereine wahr etc. ▶ ▶ ▶ S. 2

► ► ► Bildungsdaten

Ist die Umgangssprache nicht deutsch, weisen entsprechende Schüler eine deutlich geringere Lesekompetenz auf. Auch Kristen betonte – gestützt auf eigene Auswertungen des Mikrozensus – die Bedeutung der Familienressourcen. Nicht die Herkunft und das Geburtsland der Eltern als solche seien für den Erwerb des (Fach-)Abiturs entscheidend, sondern vielmehr die Bildungserfahrung der Eltern und ihre berufliche Stellung. Auch wenn in der Analyse ungleicher Bildungschancen noch Fragen offen oder kontrovers sind, zeigte sich, dass in Statistiken neben der Staatsangehörigkeit und dem Geburtsland auch und gerade Angaben über die Umgangssprache in der Familie und den sozioökonomischen Status der Eltern enthalten sein sollten. Inwiefern stehen entsprechende Informationen in einschlägigen Bereichen der amtlichen Statistik tatsächlich zur Verfügung?

Auf dem Expertenforum wurden die Möglichkeiten und Besonderheiten zentraler Datengrundlagen wie des Mikrozensus (N. Granato, MZES), der amtlichen Schulstatistik (W. Halbhuber, KMK), der Kinder- und Jugendhilfestatistik (M. Schilling, Uni Dortmund) sowie, als Beispiel einer nicht-amtlichen Statistik, des Sozioökonomischen Panels (J. Frick, DIW, siehe auch AKI-Newsletter 2) erläutert. Dabei wurde deutlich, dass (mit Ausnahme des SOEP) in jeder der genannten Statistiken die Erfassung des Migrationshintergrunds derzeit auf die Staatsangehörigkeit beschränkt ist. Überall gibt es jedoch ernsthafte Überlegungen, dies zu verbessern. Die Teilnehmer waren sich mit den Referenten darin einig, dass eine abgestimmte Vorgehensweise hierbei von Vorteil wäre. Das bereits beschlossene neue Mikrozensusgesetz 2005 sieht vor, dass neben der aktuellen Staatsangehörigkeit künftig jährlich auch eine eventuelle ehemalige Staatsbürgerschaft und das Jahr der Einbürgerung erfragt werden. Alle vier Jahre werden die Staatsangehörigkeit der Eltern (sofern sie seit 1960 ihren dauerhaften Aufenthalt in Deutschland haben oder hatten), ihr Zuzugsjahr sowie ihre ehemalige Staatsangehörigkeit erhoben, falls sie eingebürgert wurden.

Wie die Niederlande, Schweden und Kanada den Migrationshintergrund ihrer Bevölkerung erfassen, zeigten Holger Seibert und Sandra Wagner vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin auf Basis einer für die AKI angefertigten Analyse. Auffallend ist dabei die Konzentration auf das Geburtsland – das eigene und das der Eltern – an Stelle oder neben der Staatsangehörigkeit. Wenn in Schweden außerdem erfasst wird, ob ein Kind mit zumindest einem Elternteil eine nicht-schwedische Sprache spricht, ermöglicht dies den kommunalen Schulbehörden, bedarfsgerecht muttersprachlichen Unterricht und Schwedisch als Zweitsprache anzubieten, was sie

aufgrund der Rechtsansprüche der Schüler unter gewissen Umständen auch müssen. Im Fall der Niederlande ist besonders interessant, dass sich aus den erhobenen Informationen sowohl zum Migrationshintergrund der Schülerschaft als auch zur (Aus-)Bildung der Eltern aller SchülerInnen direkt ein Anspruch auf zusätzliche finanzielle Unterstützung für die einzelnen Schulen ableitet.

Daten über Individuen können für deren Förderung genutzt werden, durch eine dabei notwendige Kategorisierung besteht allerdings auch die Gefahr einer sozialen Stigmatisierung. Der Datenschutz, dies erläuterte Alexander Dix, Landesbeauftragter für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht in Brandenburg, dient auch dazu, dies zu verhindern. Dennoch können auch besonders schutzwürdige Daten etwa über die ethnische Herkunft bzw. Zugehörigkeit in eng umrissenen Ausnahmefällen erhoben werden, so wenn die Betroffenen einwilligen sowie wenn ein besonderes wissenschaftliches bzw. öffentliches Interesse besteht. Das neue Mikrozensusgesetz 2005 und die Erweiterung des Fragenkatalogs begründete der Gesetzgeber entsprechend auch mit der zunehmenden Bedeutung der Integration von Migranten und einer sachgerechten Integrationsberichterstattung.

Die Tagung verdeutlichte verschiedene Dimensionen und Varianten der Erhebung von „Migrationshintergrund“. Während man sich einig war, dass die derzeit übliche Erfassung der Staatsangehörigkeit nicht mehr ausreicht, stellte sich jedoch auch heraus, dass „Migrationshintergrund“ nicht auf das eigene Herkunftsland oder Zuzugsjahr bzw. das der Eltern (d.h. die Generationenzugehörigkeit) beschränkt werden sollte. Von Bedeutung sind offenbar auch, gerade im Hinblick auf die schulische Förderung von Kindern, die Bildung der Eltern und insbesondere die Umgangssprache in der Familie. Die Tagungsteilnehmer waren einhellig der Meinung, dass die Schulstatistik entsprechend verbessert werden sollte. Der rechtliche Rahmen müsse dahingehend verändert werden, dass die Erhebung des Migrationshintergrunds als erforderlich eingestuft und so auch rechtmäßig wird. Dies böte eine sachgemäßere Basis für bildungspolitische Fördermaßnahmen sowie Bildungsberichterstattung und -forschung.

Die Veröffentlichung eines Tagungsbandes ist vorgesehen und wird auch auf der AKI-Website zur Verfügung gestellt. ■ ■ ■

► ► ► Getrennte Lebensräume?

Selbst diejenigen, die in Stadtteilen mit hohen Migrantenanteilen leben, tendieren nicht auffällig dazu, sich von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen.

Ob ein eventueller Rückzug in ethnische Gemeinschaften durch Erfahrungen der Zurückwei-

sung und Diskriminierung gefördert wird, war eine weitere im Projekt untersuchte Fragestellung. Erhebliche Teile der befragten Gruppen hatten verbale, etliche auch physische Aggressionen erlebt (z. B. bei den Tamilen 28,5 bzw. 15,9 %). Das Vertrauen der Betroffenen in die deutsche Justiz und Polizei war deutlich niedriger als derjenigen, die keine entsprechenden Vorfälle erlebt hatten: Anlass für die Bielefelder Wissenschaftler, mehr Engagement und Sensibilität der Behörden einzufordern, um Integrationsprozesse zu fördern.

Mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) untersuchte **Anita Drever**, welche Aus-

Literaturtipps zum Weiterlesen:

- Kurt Salentin: Ziehen sich Migranten in ‚ethnische Kolonien‘ zurück? In: Migrationsreport 2004: Fakten – Analysen – Perspektiven. Für den Rat für Migration hg. von Klaus J. Bade, Michael Bommes und Rainer Münz, Campus, Frankfurt a. M./New York 2004.
Der Rat für Migration, ein seit 1997 aktiver Zusammenschluss von WissenschaftlerInnen, legt hier seinen dritten Migrationsreport vor, der diesmal Aufsätze u. a. zu Fragen der Mehrsprachigkeit, über Milli Görüs, Integrationskurse und die jüngere Migrationspolitik enthält. Weitere Informationen unter www.rat-fuer-migration.de.
- Kurt Salentin und Frank Wilkening: Viktimisierung durch Fremdenfeindlichkeit und das Systemvertrauen von Migranten. Ergebnisse einer standardisierten Befragung. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 5. Jg., 2003, H. 1, S. 88-96.
- Anita Drever: Separate Spaces, Separate Outcomes? Neighbourhood Impacts on Minorities in Germany. In: Urban Studies, 41. Jg., 2004, H. 8, S. 1423-1439.
- Maria Berger, Christian Galonska und Ruud Koopmans: Political Integration by a Detour? Ethnic Communities and Social Capital of Migrants in Berlin. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 30. Jg., 2004, H. 3, S. 491-507.
- Christian Galonska, Maria Berger und Ruud Koopmans: Über schwindende Gemeinsamkeiten: Ausländer- versus Migrantenforschung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Discussion Paper SP IV 2004-401. (als pdf-Datei auf www.wz-berlin.de)

wirkungen das Wohnumfeld (Ausländeranteil, Durchschnittseinkommen, ländliche, innerstädtische oder Stadtrandlage) auf die sozialen Beziehungen, die ethnische Identifikation und die Lebenszufriedenheit von MigrantInnen in Deutschland hat. Methodisch ist Drevers Untersuchung insofern innovativ, als sie in einer Mehrebenenanalyse erstmalig die personenbezogenen Informationen des SOEP mit aggregierten Daten über den jeweiligen Postleitzahlen-Bereich der Befragten verknüpft.

Auch die an der University of Tennessee arbeitende Forscherin kommt zum Ergebnis, dass die räumliche Nähe anderer Landsleute für die soziale und identifikative Integration von Migranten nicht primär verantwortlich ist. Wenn es um Kontakte zu Deutschen, Identifikation mit Deutschland, Diskriminierungserfahrungen oder um die Bewahrung kultureller Traditionen geht, sind nicht die Charakteristika der Nachbarschaft, sondern die individuellen Merkmale der befragten Migranten, wie etwa das Bildungsniveau und die Zugehörigkeit zur ersten oder zweiten Zuwanderergeneration, entscheidend. Die zwei

großen Gruppen der Personen türkischer Herkunft und der Aussiedler unterscheiden sich bei den meisten der untersuchten Indikatoren auffällig von den übrigen Personen mit Migrationshintergrund: Türken neigen am ehesten zu einem eigenethnischen Bezug, Spätaussiedler am wenigsten.

Die Autorin sieht in ihren Ergebnissen eine allgemeinere Entwicklung bestätigt: Persönlich wichtige Kontakte und Netzwerke würden heutzutage auch außerhalb der Nachbarschaft geknüpft und mittels moderner Kommunikations- und Transportmittel über eine größere Distanz gepflegt – sei es mit Menschen derselben oder anderer nationaler Herkunft.

Das gelegentlich als bedrohliche Entwicklung beschriebene Zusammenleben in stark von Zuwanderung geprägten Vierteln wird von den dort Lebenden differenziert wahrgenommen: Migranten, die in einem multiethnisch geprägten Umfeld leben, sind zwar eher mit dem Lebensstandard unzufrieden als verstreuter lebende Zuwanderer. Allerdings beklagen sie sich nicht häufiger über eine unzureichende Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen oder über Kriminalität, wie es für die stärker sozial und ethnisch segregierten US-amerikanischen Innenstädte prägend ist.

Ein **niederländisch-deutsches Forscherteam** hat im Rahmen eines internationalen Städtevergleichs zur „Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“ die **politische Partizipation** von Migranten untersucht. Von zentralem Interesse war die Frage, welche Rolle hierfür ihre Eingebundenheit in zivilgesellschaftliche Institutionen des Aufnahmelandes einerseits sowie in „ethnische“ Organisationen andererseits spielt. In einer repräsentativen Telefonumfrage in Berlin wurden neben einer deutschen Kontrollgruppe Personen türkischer und italienischer Herkunft sowie Aussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion interviewt.

Die Untersuchung zeigt, dass sich Italiener am meisten für deutsche und Berliner Politik interessieren und ihr politischer Aktivitätsgrad dem der Deutschen ähnelt. Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion geben am seltensten Aktivitäten wie Spenden, Teilnahme an einer Unterschriftenaktion oder an einem Streik an und sind auch am seltensten Mitglied in zivilgesellschaftlichen Organisationen. Generell gilt: Ein starkes Interesse am deutschen politischen Geschehen geht Hand in Hand mit dem an der Politik im Herkunftsland. Wer an politischen Aktivitäten mit Deutschland-Bezug teilnimmt, tendiert mehr dazu, sich auch an Herkunftsland-bezogenen Aktivitäten zu beteiligen. Dies gilt ungeachtet des Bildungsniveaus und der Deutschkenntnisse. Widersprüchliche, noch erklärungsbedürftige Ergebnisse erzielte das Team bezüglich der poli-

tischen Interessen und Aktivitäten im Verhältnis zur Mitgliedschaft in ethnischen Vereinen.

Wenig überraschend ist, dass Deutsche türkischer Herkunft sich stärker mit „deutscher“ Politik identifizieren als türkische Staatsangehörige. Bei Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion jedoch spielt der deutsche Pass keine Rolle – obwohl den Spätaussiedlern unter ihnen schon bei der Einreise die formale rechtlich-politische Gleichstellung gewährt wird. Das angewandte namensbasierte Verfahren bei der Stichprobenziehung hat sich dabei auch als inhaltlich notwendig herausgestellt: Erst so wurde es möglich, Migranten – der ersten und zweiten Zuwanderergeneration – unabhängig von der aktuellen Staatsangehörigkeit zu erfassen und entsprechend differenziert betrachten zu können. ■ ■ ■

Polnisch-deutsche Wanderungen

Seit Frühjahr 2004 untersucht ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördertes Projekt unter Leitung von Professor Frank Kalter (Univ. Leipzig) polnisch-deutsche Migrationsprozesse. Kooperationspartner ist das Warschauer Institute of Social Studies. Ziel dieses – am amerikanischen Vorbild des Mexican Migration Project orientierten – Polnischen Migrationsprojekts (PMP) ist es, das Migrationsgeschehen inklusive der temporären und der nicht registrierten Wanderungen vollständig zu erfassen, zentrale Hypothesen der Migrationstheorie empirisch zu testen und zu einer verbesserten Einschätzung des zukünftigen Migrationsgeschehens beizutragen.

Veranstaltungskalender im Internet

Hinweise auf Veranstaltungen im Themenbereich interkulturelle Beziehungen und Migration sind in den folgenden Veranstaltungskalendern zu finden:

- Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS)
www.imis.uni-osnabrueck.de/biling/kalender.htm
- Website des Newsletters Migration und Bevölkerung
www.migration-info.de/termine/

In diesen Kalendern findet man Informationen z.B. zum bundesweiten Kongress „Zuwanderung und Integration gestalten – Zukunft gewinnen“ der Caritas vom 28. bis 30.9. und einer Reihe wissenschaftlicher Tagungen. In themenübergreifenden Kalendern kann mit dem Stichwort „Migration“ recherchiert werden:

- Bundeszentrale für politische Bildung
www.bpb.de/veranstaltungen/
- Homepage der Mailingliste H-Soz-u-Kult (Schwerpunkt Geschichte)
[www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/ termine/](http://www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/)

Hierzu sollen drei Teilstudien unternommen werden: In vier ausgewählten Gemeinden in Polen, die eine relativ starke Wanderungsverflechtung mit Deutschland aufweisen, sollen jeweils 200 Haushalte befragt und umfangreiche quantitative Informationen über die Migrationsbiographien der Bewohner gesammelt werden. Zweitens sollen in einer Zusatzerhebung in der Bundesrepublik ehemalige Bewohner der ent-

sprechenden Gemeinden (jeweils 50), die sich mittlerweile permanent oder für längere Zeit in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, interviewt werden. Eine erneute Befragung der 800 Interviewpartner der Gemeindestudien in Polen nach einem Jahr soll es schließlich ermöglichen, die Realisierung von Wanderungsintentionen zu überprüfen. Insgesamt soll auch ein Vergleich des Wanderungsgeschehens vor und nach dem EU-Beitritt Polens geleistet werden. ■ ■ ■

Europäisches Forschungsnetzwerk

Im April 2004 hat unter dem Titel „International Migration, Integration and Social Cohesion (IMISCOE)“ ein von der Europäischen Kommission gefördertes Netzwerk von Forschungsinstitutionen die Arbeit aufgenommen. Beteiligt sind 19 europäische Institutionen, unter ihnen das an der Universität Bamberg angesiedelte Europäische Forum für Migrationsstudien (efms) und das Osnabrücker Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS). Ein Ziel des Netzwerks ist es, dauerhafte Strukturen der Forschungskooperation in Europa zu entwickeln. Angestrebt wird ferner, eine umfassende und verlässliche theoretische und empirische Basis für die Politik bereitzustellen. Inhaltlich wird IMISCOE sich mit Ursachen und Charakteristika aktueller Wanderungsprozesse sowie den Möglichkeiten, diese zu beeinflussen, befassen. Des Weiteren will man Ansiedlungs- und Integrationsprozesse der Migranten und die Konsequenzen von Migrationsprozessen für die Aufnahmegesellschaften untersuchen.

Genauere Information finden sich unter www.imiscoe.org; ein elektronischer Newsletter ist angekündigt. ■ ■ ■

Multiethnischer Fußball?

Bei der Langen Nacht der Wissenschaften, die am 12. Juni in Berlin stattfand, griff die AKI ein Thema auf, das angesichts der an diesem Tag beginnenden Europameisterschaft aktuell war: die ethnisch plurale Zusammensetzung von Fußball-Nationalmannschaften. Das präsentierte Poster kann auf der Website der AKI betrachtet werden.

Wissenschaftlich untersucht werden Zusammenhänge zwischen Einwanderung, Integration und Fußball z. B. in einem von Hans Georg Soeffner geleiteten Projekt an der Universität Konstanz über „Integration und Assimilation im Fußballsport“. Gunter A. Pilz (Universität Hannover) arbeitet über „Ethnische Konflikte im Jugendfußball“. Frank Kalter (Universität Leipzig) untersuchte in seinem Buch „Chancen, Fouls und Abschießungen“ auf Basis einer eigenen quantitativen Erhebung, ob im Ligenfußball eine dem Arbeitsmarkt und Bildungssystem vergleichbare ethnische Ungleichheit festgestellt werden kann.